

**Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen
am 14./15. November 2009 in Osnabrück**

**Klimaschutzkonferenz von Kopenhagen muss
die Wende einleiten - Handeln statt reden!**

Bei den internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen geht es um nicht weniger als um die Zukunft des menschlichen Lebens auf dem Planeten. Der Klimawandel schreitet schneller voran als dies noch vor wenigen Jahren abzusehen war und die Folgen der Erderwärmung sind vielerorts bereits seit Jahren spürbar. Die Bilanz der internationalen Klimapolitik ist bislang jedoch beunruhigend. Das Abkommen von Kyoto war nur ein erster Schritt. Wir GRÜNE streiten für ein neues, global gerechtes Klimaabkommen. Die vielfach geforderte Begrenzung auf maximal 2 Grad Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Stand gilt für uns dabei als Minimalziel. Doch selbst eine Begrenzung der Erwärmung auf 2 Grad stellt für die Welt eine enorme ökologische, soziale, menschenrechtliche, friedenspolitische und wirtschaftliche Belastung dar, der sich die internationale Staatengemeinschaft, aber auch jeder und jede Einzelne endlich mit Priorität und aller Kraft widmen müssen. Alle Staaten, Organisationen und gesellschaftliche Akteure müssen das Ziel vereinen, langfristig weitgehend Treibhausgasfrei zu produzieren, zu transportieren und zu konsumieren.

Fundament für den Umbau der Weltenergieversorgung muss jetzt geschaffen werden!

In den nächsten drei Jahrzehnten muss die Weltenergieversorgung auf Erneuerbare Energien umgestellt werden, um einen Klimawandel zu begrenzen, der einschneidende Folgen für die Lebensbedingungen auf unserer Erde haben wird.

Der anthropogene Treibhauseffekt könnte das Klimasystem der Erde über kritische Grenzen hinaus belasten, so dass wichtige Prozesse im Gesamtgefüge „kippen“ und von da an grundsätzlich anders ablaufen. Das würde das Klima ganzer Subkontinente und Meeresbecken verändern und könnte etwa das arktische Meereis und Himalaja-Gletscher abschmelzen lassen oder den Amazonasregenwald schädigen. Zahlreiche so genannte Kipp-Punkte können zu einer Verschärfung der Entwicklung führen, wenn jetzt nicht gehandelt wird.

In Kopenhagen im Dezember muss ein weitgehendes internationales Klimaabkommen verabschiedet werden, das verbindliche Reduktionsverpflichtungen für die Zeit nach den Auslaufen des Kyotoprotokolls beinhaltet. Gelingt dies nicht, läuft die Weltgemeinschaft Gefahr nach dem Auslaufen des Kyotoprotokolls ohne gemeinsame klimapolitische Verpflichtungen dazustehen. Dies muss angesichts der neuesten Prognosen der Wissenschaftler auf jeden Fall verhindert werden und unverbindliche Absichtserklärungen können kein Protokoll ersetzen und sind völlig unverantwortlich. Auch ökonomisch gibt es keinen Grund zum Zögern - im Gegenteil: Abwarten wird viel teurer.

Die Politik der Landesregierung und die Ankündigungen der neuen Bundesregierung sind desaströs. Ausgerechnet die Boombranchen der erneuerbaren Energien werden durch Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, Kürzungen der Einspeisevergütungen und einseitige Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der großen Stromkonzerne gefährdet. Deutschland wird auch seine industriepolitische Pole-Position gefährden, wenn diese Politik Wirklichkeit wird. Weltweit wird in den kommenden Jahren effiziente Energietechnik nachgefragt. Hier entstehen die Arbeitsplätze von morgen. Das ist die Wirtschaftskraft von morgen. Die wichtigsten Wettbewerber in Japan und in den USA werden sich freuen, wenn Deutschland wieder in die klassischen Technologie der Vergangenheit einsteigt anstatt in den Kampf um die Führungsposition bei modernen Zukunftstechnologie..

Die kleinen und innovativen Mittelständler und Neugründungen haben in den letzten Jahren die Innovationszyklen im Energiemarkt diktiert. Die großen Stromversorger sind ihnen nur hinterhergelaufen und haben mit politischer Landschaftspflege versucht ihre monopolistisch strukturierten Pfründe zu verteidigen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die Marktpartei FDP sich dieser Konzernklientel verschreibt. Das hat mit fairem Wettbewerb und Innovationsfreude nichts mehr zu tun. Die FDP und die CDU reden heute einer Technologie das Wort, die den teuersten Strom und die größten Risiken produziert. In der Kohlendioxidbilanz liegt Atomkraft schlechter als fossil betriebene Heizkraftwerke der Marken Sachs, Lichtblick oder VW. Ganz zu schweigen von Windkraft. Wer Atomkraftwerke heute neu bauen will, hat nur drei Alternativen das zu tun: Mit massiven staatlichen Subventionen, mit Korruption oder in einer Diktatur.

Die niedersächsische Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen, fordert die Teilnehmerstaaten der Weltklimakonferenz von Kopenhagen auf, einen langfristigen, verlässlichen und völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu beschließen. Wir erwarten von der

- Bundeskanzlerin, dass sie die Verhandlungsführung in Kopenhagen persönlich übernimmt. Wir fordern sie auf, eine deutsche Minderungsverpflichtung von 40 Prozent bis zum Jahr 2020 bzw. 90 Prozent bis 2050 in die Verhandlungen einzubringen und Verantwortung für die globale Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu übernehmen.

Die deutsche Emissionsminderung muss vorzugsweise im eigenen Land erfolgen und darf nicht, wie es CDU/CSU und FDP wollen, über fragwürdige Klimaprojekte im Ausland billig eingekauft werden.

Wir fordern eine Reform des internationalen sowie des europäischen Emissionshandels:

- Die Gesamtmenge der verteilten Zertifikate muss reduziert werden,
- Die großzügigen Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie müssen wegfallen,
- Die Emissionszertifikate müssen zukünftig komplett versteigert werden und der internationale Flugverkehr und die Schifffahrt müssen endlich mit einbezogen werden .
- Die massiven externen Kosten der Atomenergie im Emissionshandelssystem durch eine Brennelementesteuer berücksichtigt werden.

Niedersachsen im Spiegel: Klimaschutz fängt zu Hause an!

Wir erwarten, dass von der Weltklimakonferenz in Kopenhagen ein deutliches Signal an die Staatengemeinschaft ausgeht, das auch in Niedersachsen wirkt. Die niedersächsische Landesregierung muss den Ankündigungen und wortreichen Bekenntnissen zum Klimaschutz endlich wirkungsvolle Taten folgen lassen. Wir fordern Die schwarz-gelbe Landesregierung und Ministerpräsident Christian Wulff auf,

- unverzüglich eine eigene Klimastrategie für Niedersachsen vorzulegen, die das nationale Klimaschutzziel in verbindliche Maßnahmen und Projekte umsetzt.
- alle Pläne zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken aufzugeben und sicherzustellen, dass weiterhin eine aktive Investitionspolitik für Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen, Solarthermische Anlagen und andere Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien betrieben wird, die zukunftsfähige Arbeitsplätze in Niedersachsen sichert und neue schafft..
- keine neue Kohlekraftwerke in Niedersachsen zuzulassen, da damit alle Klimaziele konterkariert werden und sich für den beschleunigten Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien einzusetzen.
- alle Pläne für die weitere Gewinnung fossiler Rohstoffe wie Erdöl oder Ölschiefer in Niedersachsen und der Deutschen Bucht aufzugeben, da deren Freisetzung den Treibhauseffekt unverantwortlich verschärfen würde
- den Schutz der als CO₂-Speicher und aufgrund ihrer Artenvielfalt unverzichtbaren niedersächsischen Moore vor jeglicher Zerstörung durch Torfabbau, Entwässerung oder landwirtschaftliche Nutzung zu gewährleisten und ein Programm zur Wiedervernässung verlorengegangener Moore auch unter dem Aspekt der CO₂-Speicherung aufzulegen
- sich bei der EU für strikte CO₂-Grenzwerte bei Fahrzeugen und für verbindliche Effizienzvorgaben elektrischer Geräte nach dem Top-Runner-Modell einzusetzen.
- unverzüglich einen neuen Generalplan Küstenschutz vorzulegen, der die Deichsicherheit an den neuesten Daten der Klimaforschung orientiert.

Wir wählen die Zukunft. Wir wissen, dass uns der von Menschen gemachte Klimawandel sehr einschneidende Anpassungs- und Veränderungsprozesse abverlangen wird. Das wird beileibe nicht nur technische Fragen der Energieversorgung betreffen. Das wird unsere gesamte Art zu leben und zu wirtschaften vom Kopf auf die Füße stellen. Das wird auch kulturelle Fragen betreffen, Fragen der Landbewirtschaftung und insbesondere auch Ernährungsfragen. Letztlich geht es um eine neue globale Politik für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Den globalen Green New Deal. Die Balance von Ökologie und Ökonomie. Wenn wir heute nicht handeln, wird der Anpassungsbedarf später erheblich einschneidender sein als wenn wir jetzt handeln. Deshalb gilt es in Kopenhagen Nägel mit Köpfen zu machen.